

Antrag

der Fraktion der DVU

Sicherstellung der Kofinanzierung von GA- und EU-Strukturfondmitteln in Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs 2005/2006 und der Mittelfristigen Finanzplanung bis zum Ende der Legislaturperiode sicherzustellen, dass eine vollständige Kofinanzierung der Bundesmittel aus der "Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) sowie der Mittel aus den EU-Strukturfonds gewährleistet ist.

Die Landesregierung wird weiterhin aufgefordert, über den Stand der Kofinanzierung der GA- und EU-Strukturfondmittel halbjährlich, beginnend ab dem 01.07.2005, dem Landtag Bericht zu erstatten.

Begründung:

Trotz Massenarbeitslosigkeit, einer wachsenden Zahl von Firmeninsolvenzen und allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs in Brandenburg werden auch im Jahr 2004 – ähnlich wie bereits in den vorhergehenden Jahren – die GA- und EU-Strukturfondmittel nur zum Teil ausgeschöpft, da seitens der Landesregierung die Kofinanzierung nicht sichergestellt wird.

Brandenburg wird in diesem Jahr voraussichtlich mindestens 10 % der im Landeshaushalt veranschlagten GA-Mittel an den Bund zurückzahlen müssen.

Bei den EU-Strukturfondmittel sieht es sogar noch schlechter aus, obwohl das Ende der laufenden Förderperiode zum 31.12.2006 absehbar ist.

Um die brandenburgische Wirtschaft jedoch finanziell zu stärken und – insbesondere auch mit Blick auf die EU-Osterweiterung – wettbewerbsfähig zu machen bzw. zu halten, ist eine vollständige Auszahlung der Fördermittel des Bundes und der EU ausschließlich der zugehörigen Kofinanzierung dringend nötig.

Datum des Eingangs: 06.12.2004 / Ausgegeben: 07.12.2004

Um diese in Zukunft zu gewährleisten, wurde unser vorliegender Antrag konzipiert.

Für die Fraktion der DVU

Liane Hesselbarth
Fraktionsvorsitzende